

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeitersinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich. Sonnenmedaillon durch die Post bezogen vierzehntäglich 3.00 M. Abgabepreis: Die 6 geprägt. Millimeter zelle für Arbeitszeit 1.00 M. Geschäft u. Privatverlagen 1.20 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Christliche u. Geschäftsstelle: Duisburg, Steelerstr. 17. Telefon 3365 und 3367. Schluß der Redaktion: Samstag morgens 11 Uhr. Zu schriftl. u. Abonnementabstellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Nummer 12

Duisburg, den 19. März 1921

22. Jahrgang

## Bekanntmachung des Vorstandes betreffend Neuregelung des Vertrags- und Unterstützungswesens.

Die vom 13. bis 16. August 1920 in Essen stattgefundene Verbandsgeneralversammlung hat den Vorstand beauftragt, mit dem Verbandsausschuß gemeinsamänderungen im Vertrags- und Unterstützungswesen vorzunehmen, falls außerordentliche Verhältnisse eintreten.

Anfolge der fortschreitenden Entwertung des Geldes ist leiderholt auf eine Erhöhung der Unterstützungslage hingebürgt worden. Außerdem steht völlig außer Frage, daß unser Verband im Vertragswesen nicht hinter den anderen Verbänden zurückstehen kann.

Verbandsvorstand und -ausschuß haben am 11. Februar nach eingehender Beratung folgende Neuregelung beschlossen:

1. Der an die Hauptklasse abfließende Vertrag beträgt in der I. Vertragsklasse pro Woche 4 Mark, in der II. Klasse 3 M. und in der halben Vertragsklasse 1,70 M.

2. Die Streikunterstützung beträgt in der I. Vertragsklasse für Bedr. 50 M. bis 72 M., für Verhälterate 50 M. bis 82 M., in der II. Vertragsklasse für Bedr. 48 M. bis 62 M., für Verhälterate 52 M. bis 68 M. pro Woche. Außerdem beträgt der Bushuh für jedes Kind 6 M. pro Woche. In der Klasse der halben Vertragsrate beträgt die Streikunterstützung für Bedr. 32 M. bis 45 M. für Verhälterate 37 M. bis 50 M. pro Woche und der Bushuh für jedes Kind 3 M. pro Woche.

3. Die Höhe der Erwerbslosenunterstützung erhöhen sich in der I. und II. Vertragsklasse um 2 M., in der Klasse der halben Vertragsrate um 1 M. pro Woche.

4. Die vorstehende Neuregelung tritt mit dem 1. April 1921 in Kraft.

Der Vorstand und Ausschuß.

G. H. Stieber, Verbandsvorsteher.

## Zur Lage der Deutschen Industrie

Dr. v. d. Voorn.

V.

Die Fertigindustrie. — Voraussetzungen des Wiederaufbaues. — Umsatz des Verschärfter Vertragswerkes. — Handels- und Zahlungsbilanz.

Die Folgen des für unsere Wirtschaft so ruinösen Kohlenmangels liegen sich in ihren Rückwirkungen auf die Fertigindustrie weiter in nachstehender Weise:

Eine fast unbegrenzte Erzeugungsmöglichkeit hätten wir auch gehabt in den Industriezweigen, für deren Verarbeitung die Rohstoffe im eigenen Lande sich vorstanden, wie die Industrie der Steine und Geden (Zement, Porzellan, Steigkugeln usw.). Für die Erzeugnisse dieser Industrie war 1919/20 auf dem Weltmarkt ein außerordentlich hoher Verbrauch vorhanden. Der Ausfuhr standen hier gewaltige Märkte offen. Sie mußte aber zu einem großen Teil unterblieben, weil die Kohlenbelieferung der Werke nur teilweise 20 Prozent des Bedarfs kostete. Die Erzeugung der Porzellanindustrie betrug im Frühjahr 1920 nur etwa 40 Prozent des Friedensstandes. Achtlich lagen die Dinge bezüglich der Tegillindustrie, wo der Beschäftigungsgrad nur etwa 40 bis 45 Prozent des Friedens betrug. Neben Kohlemangel machte sich hier Rohstoffmangel bemerkbar. Auch der Kapitalmangel schaute die Wirtschaftssindustrie von Rohstoffen ein. Sehr wesentlich wirkten hier auch die im um das 40- bis 50-fache gegen Frieden erhöhten Baumwollpreise infolge der schlechten Valuta. Heute allerdings ist in Amerika ein Sturz der Baumwollpreise fast unter den Friedensstand eingetreten, der sich bei uns aber eben insofern als schlechten Ausfuhrstandes nicht entsprechend auswirken kann. Für die Fertigindustrie wurde im Jahre 1919/20 ein Beschäftigungsgrad von 40 bis 60 Prozent festgestellt. Hier machten sich einmal die außerordentlich hohen Förderpreise mit einer starken Einschränkung der Fertigfabrikaten für die Industrie ungünstig bemerkbar. Unsere Fertigindustrie war aber schon vor dem Kriege eine starke Exportindustrie, für die das Bedürfnis nach Export auch heute noch ungeschwächt vorhanden ist.

Ein lehrreiches Beispiel, wie Industrien unter den Einwirkungen des Krieges ausgeschlagen sind, bieten die Zuckerindustrie und die Brauindustrie. Vor dem Kriege war die Zuckerindustrie eine starke Exportindustrie. Sie erzeugten in Deutschland 2,6 Millionen Tonnen Rohzucker. Davon gingen nicht weniger als 1,1 Millionen Tonnen über die Grenze. Aufgrund mannschaftlicher Gründe, insbesondere auch Mangels an Arbeitern, ist der Zuckeranbau zurückgegangen. Und zwar von 550 000 Ha. vor dem Kriege auf 267 000 H. 1920. Die Erzeugung sank demgemäß von 2,6 Millionen Tonnen auf 0,7 Millionen im Jahre 1920. Im Brauwesen waren 1913 23 229 Brauereien im Betrieb, 1920 nur noch 7500. Die früher ansehnliche Bierausfuhr fiel ganz fort. Es sei denn, daß das Ausland selbst Lohnarbeiter für die Biererzeugung

wollte. Welche Aussichten bieten sich nun auf dem Boden dieser durch und durch unfreundlichen Wirtschaftslage für die Zukunft unserer Industrie? Selbstverständlich ist es bei der völligen Unschärheit der heutigen Verhältnisse nach keiner Möglichkeit hin möglich, da irgendwelche festen Voraussetzungen zu machen, und wer immer Wert darauf legt, ernst genommen zu werden, wird sich halten, sich klar in Prognosen zu ergehen. Sicherlich wird man sagen können, daß im wesentlichen drei Bedingungen erfüllt werden müssen, wenn die deutsche Industrie wieder auf eine derart gesunde Grundlage gestellt werden soll, daß sie eine einigermaßen normale Entwicklung gewahrt ist.

In erster Linie muß es unser Bestreben sein, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß das heute in die Hände von Verschärften eingespannte deutsche Wirtschaft wieder so viel Bewegungsfreiheit erhält, daß es wieder freier ausatmen und sich freier regen kann. Aus Praktische überzeugt bedeutet das, daß die wirtschaftliche Ausbaugewaltigkeit, die nach der verschiedenen Richtung hin am deutschen Wirtschaftsvertrag gelöst wird, eingestellt werden muß. Arzneimittel insbesondere darf uns nicht mehr Wirtschaft und Brüder zu entziehen suchen, als notwendig ist, um die deutsche Wirtschaft selbst lebensfähig und leistungsfähig zu erhalten. Das bedingt vor allem, daß die Kohlenlieferungen auf ein solches Maß beschränkt werden, daß uns eine solche Kohlenversorgung verbleibt, die uns einigermaßen die Entwicklung unserer dringendsten Bedürfnisse gestattet. Heute fehlen uns aber noch mindestens 30 Millionen Tonnen, um normal unsere Wirtschaft wieder betreiben zu können.

Wir müssen sodann wissen, was wir an Kriegsentschädigungen und an Leistungen für die Wiedergutmachung auszuführen haben. Wir müssen über mit festen Summen und festen Wegen rechnen können, damit wir eine geordnete Finanzwirtschaft aufbauen und unsere Gesamtirtschaft dementsprechend erleichtern können.

In zweiter Linie müssen wir Ordnung bringen in unsere Handels- und Zahlungsbilanz. Vor dem Kriege betrug unsere Einfuhr auf Grund einer genauen Statistik 11 Milliarden und unsere Ausfuhr 10 Milliarden. Die Handelsbilanz war demgemäß passiv. Nach dem Kriege sahen wir einen gewaltigen Umschwung unserer Handelsbilanz nach der Seite einer ebenso gewaltigen Passivität. Für 1919 wurde unsere Einfuhr auf 32 Milliarden, die Ausfuhr auf 10 Milliarden geschätzt, so daß sich für dieses Jahr all-in schon ein Einfuhrüberschuss, also eine Passivität von 22 Milliarden ergeben hätte. Im Herbst 1920 wurde nun auf Grund einer Deutscherklausur für die Brüsseler Finanz-Konferenz bekannt, daß im April und Mai 1920 unsere Handelsbilanz angeblich eine aktive Gestalt angenommen habe. Diese Aktivität bezüglich deren jedem einigermaßen kundigen die höchsten Bedenken kommen mußten, war aber nur eine Scheinbarkeit und konnte, falls sie tatsächlich, unbedingt von langer Dauer sein. Denn 1. erschienen in der Ausfuhr auch die gewaltigen Ausfuhrmengen für Wiedergutmachungszwecke, für die Zahlungen vom Auslande nicht wieder nach Deutschland zurückzufallen, sondern direkt auf das Wiedergutmachungskonto gutgeschrieben werden und 2. war die Erzielung der Ausfuhr ohne Zweifel eine Folge des sogenannten großen deutschen Ausverkaufs, den einzubauen später die Außenhandelsstellen in Kraft traten und der nunmehr für eine normale Ausfuhr eingeschritten werden und bestehen bleiben durfte.

Die Bedenken, die damals ob der Aktivität der Statistik geduldet wurden, sind dann auch bestätigt worden. Auf der Brüsseler Konferenz im Dezember 1920 hat der Präsident, Präsident Habenstein sogar die Passivität der Handelsbilanz für das 1. Halbjahr 1920 auf nicht weniger als 30 Milliarden Mark angeben zu dürfen gesagt, die Einfuhr wäre also im ersten Halbjahr 1920 um nicht weniger als 30 Milliarden größer gewesen als unsere Ausfuhr. Es scheinen überhaupt hinsichtlich der Größe unserer Handelsbilanz Meliorationsverschlechterungen zu bestehen zwischen Reichswirtschaftsministerium und Reichsbankpräsidentum. Man kann aus verschiedenen Gründen genutzt sein, eine derartige gewaltige Passivität der Handelsbilanz nicht anzunehmen, wie sie Präsident Habenstein angegeben hat. Auf alle Fälle aber müssen wir mit einer starken Passivität der Handelsbilanz rechnen.

## Die teure Ware

Unser deutsches Wirtschaftsleben pendelt nach zwei Seiten. Auf der einen Seite werden von den Unternehmungen riesige Gewinne gemacht, die oft kaum untergebracht werden können. Es ist selbstverständlich und klar, daß jeder Betrieb Gewinne abwerben muss, wenn er rentabel arbeiten will und wenn die Arbeiterschaft Beschäftigung in ihm behalten will. Gegen einen berechtigten Gewinn kann keiner etwas einwenden, wogegen man sich wenden muß, ist die Profitier eines großen Teiles von Banken und Industrieunternehmungen, die die Konjunktur rücksichtslos ausnutzen, während auf der anderen Seite Arbeiter und Angestellte kaum von einem Tag zum anderen zu kommen wissen. Keine Woche vergeht, in der man nicht von Reisengewinnen erfährt, die nicht durch Ausfuhr, sondern auf dem Inlandsmarkt, also durch Ausplörung des eigenen Landes, erzielt wurden. Ein Beispiel dafür bietet

laut "Vorbericht" vom 8. März der Geschäftsrat einer süddeutschen Baumwollspinnerei in Dachau, der eben jetzt veröffentlicht wird.

Diese Gesellschaft, die ein Aktienkapital von 4,5 Millionen Mark hat, hat im letzten Jahre einen Nettogewinn von nicht weniger als 19,6 Millionen Mark erzielt, also das Viertel des Aktienkapitals. Dabei stehen in dem Aktienkapital 1,6 Millionen Mark Gratkapital, die für das Jahr 1919 neben einer Dividende von 20 Prozent an die Aktionäre ausgezahlt worden waren. Jetzt bekommen die gläubigen Aktionäre wiederum 20 Prozent Dividende und 9 Millionen Mark in Form von Gratkapital. Der Erneuerungsfonds des Unternehmens beträgt acht Millionen Mark, so daß also auch hier fast das Doppelte des bisherigen Aktienkapitals als Reserve steht, von den übrigen Aktien ganz abgesehen.

Das Spiel, das beliebig vermehrt werden kann, ist sehr leicht, weil es ein klarer Kreis ist, der unsere wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Selbstfahrt unserer Unternehmungen bearbeitet werden. Eine Baumwollspinnerei ist die Warenhersteller arbeitet in der Spinnerei nicht für den Export, sondern für den Inlandsmarkt. Der deutsche Verbraucher muß also die ungeheuren Gewinne bezahlen, von denen der Geschäftsbetrieb dieser Gesellschaft kennzeichnet ist. Dies wirkt sich in den Preisen für alle Textilien in weitgehendem Maße aus, daß die breitesten Schichten des Volks es nicht in der Lage sind, auch nur ihre allerdringendsten Bedürfnisse an Wäsche und Kleidung zu decken. Die Produktion wird oft eher eingeschränkt, als daß man den Produktionsanteil herabsetzen würde. Und dabei herrscht im Volle der denkwürdig hoch gehaltenen Preisen Selbstverständlichkeit nicht befriedigt werden kann.

Gegen solche Verhältnisse muß mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden. Ein Gewinn, der fast das Fünftel des Aktienkapitals beträgt, und in einer Zeit geheimer Not und Entbehrungen herausgeschlagen worden ist, ist nicht nur unrechtfertigt, er ist im höchsten Maße unstilllich.

Eine solche Wirtschaftskraft könnte nicht eintreten, eben würde natürlich erheblich eingeschränkt, wenn auch in der Textilindustrie ein Selbstverwaltungskörper der Unternehmer, der Arbeitgeber und des Handels eingerichtet wäre, der die Preise reguliert, wie es im Eisenwarengewerbe durch den gleichnamigen Eisenwarengewerbe gelehrt. Dieser Anspruch in einem Wirtschaftszweig, der so ist der kleinen Bedarf siebert, wie es bei der Textilindustrie der Fall ist, muß unter allen Umständen gesteuert werden. Hier nicht dadurch, daß man direkt und im Handumdrehen das unterste nach oben trempelt, sondern dadurch, daß man ruhig und läßt an einen Neuaufbau des Wirtschaftslebens im gewinnwirtschaftlichen Sinne arbeitet.

## Konsum-Armen.

Bernhard Baum.

L

Es hat einen eigenen Reiz, die Gegenwart im Spiegel der Geschichte zu sehen, besonders, wenn es sich um ein Problem handelt, an dessen Lösung die Gegenwart alle Kräfte setzt. Nicht als ob die geschichtliche Betrachtung den Weg zur Lösung selbst zeigen könnte (dafür ist die wirtschaftliche Struktur der Gegenwart zu eigenartig und sind die Ausmaße zu groß), aber zur Klärung der Frage kann sie mitwirken, indem sie Bedingtheit und Ursprung, Wirkung und Verlauf einer Erscheinung in der Vergangenheit betrachtet.

Die Konsum-Armen, an der die Gegenwart leidet, hat in der Vergangenheit viele Analogien. In der Neuzeit bieten der Dreißigjährige Krieg und die napoleonische Zeit mit ihren zahllosen Kriegszügen Vergleiche. Auch das Mittelalter hat seine Konsum-Armen gehabt. Aber in keiner Periode der Geschichte sind sie so häufig, wie in der artillerisch-kriegerischen Antike. Die Spannung zwischen Produkt und Konsum ist hier so stark und beständig, daß eine Krise in Vermonenz besteht. Der Grund liegt darin, daß der antike Staat sein Handelsnur nach politischen Gesichtspunkten rückt; wie jahrläufige Erwerbungen zurücktreten. Und die Politik ist ganz auf Gewalt gestellt. Krieg ist das Lebensprinzip des antiken Staates und die Kriegsführung selbst ist von unerhörter Härte. Kriegsziel ist die physische Vernichtung des Gegners und seiner Existenz. Werkstatt und Acker des besiegt werden zerstört, die Gefangenen gerichtet oder in die Sklaverei verlaufen. Da der Ackerbau von künftlicher Bevölkerung abhängig war und diese Ansagen an erster Stelle zerstört wurden, so verwandelte Krieg das Gebiet des besiegt in eine Wüste. Endergebnis des Krieges ist also: für den besiegt Vernichtung der produzierenden Menschen und Produktionsmittel, für den Sieger Rückgang der Gütererzeugung, da der Krieg die Bürger von Werkstatt und Acker fernhielt. Der innländische Gütervorrat schmolz also zusammen und somit aus eigener Erzeugung nicht ergänzt werden. Die Ausfuhr vom Ausland stieß; der Krieg störte die Verbindung und hob sie auf. Das Resultat des Krieges ist die Hungersnot und in ihrem Gefolge Krankheiten. Wie ein roter Faden ziehen sich die Verluste über Hungersnot und Teuerung durch die antike Geschichtsschreibung. Athen hungert während und nach dem peloponnesischen Krieg. Nach den Zügen Meganders des Großen wurde ganz Griechenland von einer Teuerung heimgesucht. Vor Jahrhunderten zu Jahrhunderten häufen sich die Berichte. Ja des

Großstädten erreichte die Not natürlich den höchsten Grad. In Rom kehrte trotz der größten Fürsorge der Kaiser der Hunger immer wieder ein. Der Preis der Nahrungsmittel stieg oft auf das Fünf- bis Sechsfache des normalen. Die hungrende Bevölkerung reagierte mit Ausfuhr und Gewaltakten. Im zweiten und den folgenden Jahrhunderten verbreitete sich die Not dann über das ganze Reich, da die ewigen Kriege die Produktion wie den Austausch zwischen Bedarf- und Überschussgebieten hinderte.

Der antike Bürger war in seinen Ansprüchen recht bescheiden. Kleider brauchte man wegen des Klimas wenig; auch Schuhe und Kopfbedeckung waren nicht notwendig. Das hauptsächlichste Nahrungsmittel, Getreide, stand dem Staate zeitigend zur Verfügung; so war der Bürger zufrieden. So breiteten sich alle wirtschaftspolitischen Debatten um das Getreide. In der athenschen Volksversammlung stand auf dem Programm der ersten Sitzung eines jeden Jahres die Getreidefrage. Welche Wege schlug der Staat ein, bei welchen die Getreideversorgung zu sichern? An erster Stelle griff er auf das im Land erzeugte Getreide zurück. Es galt als „beschlagnahmt“ und durfte nicht exportiert werden. Schon Sokrates für Athen (um 600 vor Chr.) ein Ausfuhrverbot. Aber die Menge des Inlandsgetreides reichte nie. Man war auf Getreide vom Ausland angewiesen. Um es heranzubekommen, schaute der Staat auch vor den rigorosesten Maßnahmen nicht zurück. Der allgemeine Handel wird eingeschränkt: Getreideeinfuhr geht vor. Privatschiffe dürfen nur Getreide laden und, um dieser Verordnung Nachdruck zu verleihen, wird bestimmt, daß die Geldverleiher nur auf Schiffe, die Getreide laden, Serdarthen gewähren, also nur Getreidefracht lombardieren dürfen. In Zeiten höchster Not vergreift man sich sogar an fremdem Gute. Athen hat mehrfach fremde Getreidefahrzeuge, die den Piräus ansleßen, weggenommen oder sogar auf offener See gekapert. Diese Gewaltmittel haben die Grundlagen geregelt: Gütertauschs meiste und mehr zerstört.

Verschärfend wirkte bei Konkurrenz-Krisen das Vorgehen der Überseuhänder, vor allem bei Münzern. Es kam vor, daß nur ein Produktionsgebiet (Sizilien und Ägypten) waren in der Antike die Hauptproduzenten für Getreide) eine gute Ernte hatte und so ein natürliches Monopol besaß. Ägypten hat das einmal getan, als in ganz Hellas Getreidehandels herrschte. Die Regierung verbot die Getreideausfuhr. Die Folge war, daß die Preise in Ägypten sich senkten, im Konkurrenz-land dagegen stiegen. Nun kaufte die Regierung das inländische Getreide unter Ausschaltung des Handels auf, zahlte aber den Erzeugern angemessene Preise, um den Anreiz zur Produktion nicht zu nehmen. So entsteht ein Getreideknast zwischen Organisator des Staates ist. Der Export erfolgt rasch, streng wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Eine besondere Post wird eingerichtet, die über die Preisbestimmung in den Verbrauchs-zenen Wacht erstatet. Wo die höchsten Preise gezahlt werden, dahin leitet man das Getreide. So wird aus der inländischen Produktion der höchste Nutzen für Erzeuger und Staat erzielt.

## Streiflichter

### Nach den Londoner Verhandlungen.

Die Verhandlungen in London, die auf Grund des Pariser Friedensstaatsvertrages abgebrochen worden, weil das deutsche Volk sich mit den ungewöhnlichen Forderungen der Entente nicht einverstanden erklären konnte, wenn es nicht sein eigenes wirtschaftliches Interesse unterstreichen wollte. Infolge des Abbruches der Verhandlungen rückten die Ententeverbündeten sofort vor und befehlten die für das rheinisch-nordische Wirtschaftsgebiet wichtigen Städte Duisburg, Mülheim und Düsseldorf, weil hier die Fabriken der Kohlen- und Eisenwirtschaft zusammenlaufen.

Das größte Gericht wird von der Entente auf die Haftstrafe gesetzten werden und deshalb sind die neuzeitlichen Städte zur Haftstrafe einzogen worden.

Was die Art der Verurteilung an betrifft, so fehlt auch darüber bisher jede klare Bestimmung und Nachricht. Man kann aber wohl annehmen, daß der Grundgedanke der Strafhaftoren ist, die Einheit aus dem unbeschuldeten Deutschland mit Söhnen zu belasten, welche man noch vielleicht mit der Einrichtung reden kann, daß der Soll befürdert oder vielleicht gar nur die Gegenstände treffen soll, die die Alliierten nicht zu liefern im Stande sind. Zu beachten bleibt nun, ob der Annahme nicht entschieden, daß besonders britisch-deutsche Industrie alles daran setzt, Abnehmer im besetzten Deutschland zu finden, zu welchem Zweck die deutsche Konkurrenz deutlich eingeschaltet werden müßte.

Wird erst das „Reich im Westen“ einmal wieder ausgerissen, so wird der britisch-deutsche Verlust, auch die Rheinzollgrenze für die zollfreie Einwanderung deutscher Waren offenhalten, nicht lange auf sich warten lassen. Damit wäre allerdings die Möglichkeit gegeben, daß überhaupt die Ausfuhr aus dem besetzten Deutschland in unbefristeter Form gestoppt würde, sondern daß sich die Alliierten mit einer offiziellen staatlichen Kontrolle begnügen würden oder zumindest, soweit die Ausfuhr aus dem Rheinland an die Entwicklung favorisierter Genehmigungen läuft. Die eben angeführten Maßnahmen an der neuen Rheinzollgrenze könnten allerdings noch hier bestimmt werden durch die Entscheidung, die die amerikanische Politik hinsichtlich der Wirtschaftsfragen treten wird.

In den beschrittenen Städten ist die Zentrale der Zeitungen beschlossen worden und auch unter Verhandlung wird nun der Bericht zu untersuchen haben. Es ist insoweit der Belohnung sich vielleicht schwierig, die Alliierten bis auf im Vertrag einstellen sollten — was höchstens nicht geschieht — zu wissen, welche Kollegen wo die Gründe liegen.

Gerade trotz der schweren Tage soll aber von neuem die Gedankenmöglichkeit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und für unseren christlichen Metallarbeiterverband.

### Professor Dr. Hize

einer der berühmtesten Kämpfer für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Gerechtigung der Arbeiterschaft und Vertreter des Christen der christlichen Sozialpolitik beginnend am 16. März seines 70. Geburtstags. Geboren 1851 zu Hanau (Kreis Olpe i. Württ.), wurde er nach Vollendung seiner theologischen und volkswirtschaftlichen Studien zunächst in Rom als Kaplan an der „Pompe“ der deutschen Nationalkirche für Romberg. Dort schrieb er seine grundlegendsten Schriften: „Die soziale Frage und ihre Lösung“, eine besondere Kapitel und Arbeit aus der Theorie der Sozialpolitik“, zwei Werke, die einen aufschwungenden Einfluß auf die Gestaltung der ganzen Sozialreform im Geiste des Christentums ausgeübt haben. Sie in diesen Schriften theoretisch vertretenen Ansichten hat er an herausragender Stelle mit in die Praxis umsetzen helfen. 1889 wurde er Generalsekretär des Berliner Arbeiters“ und Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“. Seit 1893 war er als Professor an der Universität Münster tätig und hat dort Kurzberichte der Theologen mit dem Geiste seiner sozialpolitischen Ideen erfüllt.

Seit 1881 gehört er dem Deutschen Reichstag an. An der Gestaltung der deutschen sozialen Gesellschaft hat er maßgebend mitgearbeitet.

Die christliche Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung besteht in Prof. Hize nicht nur einen treuen, selbstlosen Freund, er ist der einzige gewesen, der die großen sozialen Gedanken Bettlers mit fruchtbarem Macht für die Arbeiterschaft in der heutigen Sozialpolitik. Er zeigte bei dem schweren gründlichen Minen, in dem die christliche Arbeiterbewegung in ihren Entwicklungsseiten sich befand, den Weg zur Klärung und zur Durchsetzung unserer sozialen und wirtschaftspolitischen Ideen.

Die christliche Metallarbeiterföderation begründet in Prof. Hize den ersten Vorsänger für Arbeiterschaft, um davon ihm zu seinem 70. Geburtstage die herzlichsten Glück- und Segenswünsche entgegen.

\*

### Es hämmert allmählich.

Wir lesen in der Lüdenscheider sozialistischen „Neuen freien Presse“ (Nr. 82, 1921):

„Es ist eine selbstverständliche und allzu wahre Tatsache, daß im Sozialstaat die geistige Bildung noch zu wenig Eingang gefunden hat. Eine Folge davon war, daß bei Beginn der Revolution ein großer Mensch an wirtschaftlichem Durchschlag hoffte und sowie an dem dazu gehörigen geistigen Proletariat.“

Diesem treffenden Urteil wird keiner seine Zustimmung versagen können. Es bleibt aber dann nur derwunderlich, wie der Sozialismus bei diesem existenten Manne seiner Anhänger im Hand und unter ihnen eine neue Wirtschaft aus dem Boden hervorzaubern will.

\*

### Die „Hütte“ des Achtstundentages

Sind natürlich die Unentwirrten, die Sovjetisten, jedoch nur mit ihrem Münden. In der Presse pfeift sie auf den Achtstundentag und stellen das größte Leidigt, wenn es heißt, den Achtstundentag zu durchbrechen. Das Benennen dieser Gesellschaft wurde seit der „Leipziger Volkszeitung“ zu fest und das will allerhand heißen. Sie schreibt über die Econawerte in Sachsen:

„Schon seit langem wird von den wirklich fassenbewußten Arbeitern des Econowerkes die allgemeine Einführung der 48-Stunden-Woche gefordert. Der radikale sozialistische Betriebsrat aber lobt die Forderungen. Es wurde zu Anfang dieses Jahres (1920) schon eine Kommission eingesetzt, die aber so schön arbeitet, daß die Arbeiterschaft über ihr Wirken nicht erfuhr. Vor ungefähr acht Wochen hatte die Werkleitung einen Plan vorgelegt, der den drei Angestellten ausgearbeitet werden war und der die reine 48-Stunden-Woche vorschloß. Er enthielt eine wahre Entlastung für den Arbeitnehmer der 56 und 72 Stunden-Woche. Es sind alles Muster-Anhänger mit dem Sovjet-Plan auf der Punkt. Sie sind für Moskau, aber sie wollen nicht, daß auf den Märkten verdient durch die Überarbeit vertrieben. Von 1 bis 1920 Arbeitslohn könnten wir aufsteigen, aber bis heute ist die 56- bzw. 72-Stunden-Woche davon 15 bis 16 Stunden Sonntagsarbeit mit 30 Prozent Zuschlag noch nicht abgeschafft.“

So schüren die Kommunisten den Achtstundentag.

\*

### Die Folge

Arbeitsmarkt sprach in Mannheim bei Vorsitzende des sozialistischen Metallarbeiterverbands Robert Dittmann in einer Versammlung der Verwaltungsstelle des genannten Verbandes. Die Kommunisten in Mannheim hatten sich Richard Müller Berlin vertrüben, der's verfeindet sein sollte. Lauten sich. Daß die Versammlung zwischen Arbeit und Schlagerei pendele, braucht nicht erst bemerkt zu werden.

Dittmann wurde bei seinem Referat kramischengerrissen, er solle sich nur Sinnen befreien, worauf er bemerkte, dies sei der tragischste Moment seines Lebens.

Wir brachten nicht hinzuzufügen, daß berufliche Rücksichten gegen einen Gewerkschaftsverein, welcher Richtung er auch angehört, nicht schriftlich feierndenkt werden können. Lediglich, so sagt die mehrheitssozialistische Mainzer Volksstimme vom 3. März, ganz unzulässig ist Dittmann an dieser Verhandlung nicht.

Wenn ein Geschäftsführer der hierfür Verwaltungsstelle des Verbandes erklärt, daß ihn die Kommunisten immer noch politisch nähern würden als die „Rechtssozialisten“, deren positive Mitarbeit im Verband Dittmann rühmlich erkennt, dann darf man sich nicht wundern, daß dem vernünftigen Teil des Verbandsmitgliedern die Mitarbeit verehrt wird.

Das Untergreben des Autoritätsgefühls, das auf der Störlin Generalversammlung des sozialen Metallarbeiterverbandes 1917 begann, hat sich nun folgen gezeigt.

\*

### Wie sie einander lieben.

Ein vernichtendes Urteil über den Kommunismus fällt das mehrheitssozialistische „Hamburger Echo“ (5. Februar 1921), indem es schreibt:

„Es gibt heute nichts Unfallartiges und verschwommene mehr, als der Kommunismus... Er lebt seine Praktiken, sondern nur Rechte... In Ritter sozialer Spannung, wie den brutalen, hat er seine Arbeiterchaft unter der begeisterten jugend, den reißenden Gemütern, den phantastischen Künstlern, den menschenlosen Ideologen aller Schattierungen, aber auch unter den menschlichen Besinn, die Raci und Ordnung mit Rüben treten, um ihrer schrankenlosen Schwindel zu fördern. Was alles herauszulegen — und früher war es sicher — unter dem Banner des Kommunismus marschiert, ist es zu Lasten zusammengeführtes Gewicht von Kommunisten und gemeinen Betrügern. Auch hierin zeigt sich die Verantwortlichkeit und Verantwortung des kommunistischen Gewissens, der alles Gedächtnis und alles Gemeine in der Menschenart deden will. Das ist der Blutsch, der auf dem Kommu-ni-ni-ma-salat, auf dem roten Verwirrung scheitern muß, das er bei Geist, der Säumung, dem Willen den abwertenden Vertrag einträgt während er den Verstand, die Geduld, die Erfahrung und die nüchternen Überlegung unter den Tisch fallen läßt.“

Die Aussagen, die gegen den Kommunismus erhoben werden, sind vollständig korrekt, das widerstrebt, daß nur, daß es nicht mehrheitssozialistisches Blatt ist. Dennoch sollte doch immer bedenken, daß Kommunisten und Rechtssozialisten gleichermaßen gleichermaßen sind.

\*

### Aus der Wirtschaft

#### Hermann Gruson

Zu diesen Tagen wird es hundert Jahre, als Hermann Gruson, einer der ältesten Industriepioniere gestorben wurde. Daraus begann die Industrie ihres Anfangs auch bei uns in Deutschland zu entstehen. Gruson trat mit sozialistischen Ideen, die er aus seinem naturwissenschaftlichen Studien mitgebracht hatte, in den Ingenieurberuf ein. Er wurde Maschinenmeister, Oberingenieur und sch-

nischer Direktor von verschiedenen Werken, bis er 1855 als 35jähriger sein eigenes Werk in Wuppertal gründete. Unter den ersten Gründern, die aus einer Eisengießerei übergegangen, befanden sich auch Hartlebensteine dieser Art für den Eisenbahnbau. Da sich das Werk des Gruson aus und ward sich mit Kriegsmaterial, von dem besonders seine Panzerfüße Waffen erhalten.

Nachdem sein Unternehmen infolge des Krieges 1866 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden war, erfolgte 1868 der Ankauf der Grusonwerke durch Krupp. Im Jahre 1873 starb Hermann Gruson als einer der letzten einer bedeutenden Reihe deutscher Industriepioniere, denen es im Verein mit einer hochstehenden Arbeiterschaft gelang, Deutschland mühelos in der Weltwirtschaft zu machen.

\*

### Die rheinische Eisenindustrie in Österreich.

Im Laufe des Monats März werden Vertreter der deutschen Rhön- und Rheinstahl-Werke, sowie der Kölner Firmen Otto Wolff in Wien eingetroffen, um die Durchführung umfangreicher industrieller Pläne ins Werk zu setzen. Bei dieser Gelegenheit wird auch die bestehende Generalvereinigung der Eisen- und Stahl-A.G. stattfinden. Der Zweck der Verhandlungen ist Erwerb und Ankauf ehemaliger Arbeiterschaften in Österreich. Der Otto Wolff-Konzern will in seinem Wirkungskreis das Wiener Geschäft zum Ausgangspunkt einer Verbindung mit den Wallonen ausgestalten. Die Rhön- und Rheinstahl-Werke werden in dieser Organisation beibehalten, den Absatz ihrer Röhrenprodukte einzubeziehen. In den Industriestaaten werden Spezialniederlassungen der Eisen- und Stahl-A.G. Wien errichtet, da auch in diesen Ländern der Verkauf an Rohrwaren erwartet wird.

\*

### Der Lage in der Metall-über Industrie.

Der Geschäftsjahrsablauf der Metallarbeiter-Werke ist nach Berichten der Allgemeinen Industrie-Zeitung gegenwärtig ungünstig. Ein ganz erheblicher Teil von den etwa 500 Betrieben arbeitet seit August vorigen Jahres unbeschäftigt auf Lager. Bis Ende Dezember war die Verschwendungsrate der Industrie äußerst mangels, so daß die meisten Werke nur von der Hand in den Mund gelebt und oft nur durch Taxis und Wohnwaggon sich in Betrieb gehalten haben. In den mittleren und kleinen Werken ist die Arbeitslosigkeit der Arbeiterschaft erheblich gestiegen. In einem Teil der größeren Werke wird ein gewisser Verdienst im allgemeinen, selbst bei Altarbeitern, nicht überschritten.

\*

### Industriegewinne.

Gewinn- und Dividendensteigerungen sind das Merkmal fast aller wieder vorliegenden Bilanzen. Ein paar Beispiele.

Druck- und Kraftstoffwerke Mittweida 20 Prozent Dividende und 20 Prozent Bonus; 4 Millionen Mark neue Aktien gehen an die Aktionäre in Paris.

Hochmann-Kunstseife in Duisburg war 1919 dividenslos und erhielt jetzt 44 Prozent. Auskosten seit dem Bericht von 170 auf 600 Prozent. Eine halbe Million Mark Rentabilität bekommt ein Konzern, dann jeder Aktienvor ein Gewinnchein.

Willy- und Krautfabrik Dittersdorf bei Chemnitz steigt von 25 auf 40 Prozent Dividende; das Aktienkapital wird von 4 auf 6 Millionen erhöht.

Lindner Eisen- und Stahlwerke geben 30 Prozent. Selbstfertigung Oppau in Würzburg 25 Prozent, die Kapitalkehrung wurde abgelehnt.

Spitzen- und Pressfertigfabrik Ost in Nürnberg steigen von 20 auf 35 Prozent Dividende und 10 Prozent Bonus. U.G. für Eisenbahnbau in Berlin steigt von 12 auf 30 Prozent.

Kerzenfabrik Achla von 25 auf 25 Prozent.

Kerzenfabrik Mauenheim von 15 auf 20 Prozent.

Industriewerke Plauen gibt 25 Prozent und 200 M. Bonus pro Aktie.

Leipziger Möbelfabrik Erfüllung von 18 auf 20.

Kammergerichtsamt Gaußsch bei Leipzig von 12 auf 22 Prozent.

Papierfabrik Sebnitz von 15 auf 20 Prozent.

### Daimlerkapital — 200 Millionen.

Die lebte arbeitsordnetliche Generalversammlung der Daimler Motoren Gesellschaft verdoppelte das Daimler Kapital auf 200 Millionen. Dieser ebenso große als unverhältnismäßig hohe Betrag hat selbst bei Organen, die diesen Unternehmungen nicht abgeneigt gegenüberstehen, bewundert.

„Aus den ersten Blick ist diese Kapitalverdoppelung geeignet, einen wenig läufigen Eindruck zu machen, besonders da die Verwaltung zur Begründung erklärt, sie braucht die neuen Mittel zur Tilgung von Haushaltsschulden. Wir hören allerdings von gut unterrichteter Seite, daß die Dinge in Wirklichkeit recht günstig liegen, und daß große Projekte bei der Gesellschaft schwierig sind. Das ganze Unternehmen dürfte es eine veränderte und verbreiterte Basis gestellt werden, und es scheint, daß mit einem andern großen Konzern Zusammenhang dieser Art bereits geöffnet sind.“

Die Arbeiterschaft muß sich bewußt sein, daß die Daimler-Gesellschaft eine Stärkung ihrer eigenen Stellung bringend fordert. Das wird allerdings nicht erreicht durch Schimpfen gegen den Kapitalismus, sondern durch läufige, ruhiges, zielstrebiges, gewerkschaftliches Arbeiten.

\*

### Ein neuer französischer Montankonzern.

Unter Führung der „Forges et Ateliers du Nord et de l'Est“ ist die Bildung eines neuen Konzerns im Gange, in dem bereits die ehemals zum Konzern gehörige Werke in Udingen (Saarbrücken) und Neunkirchen (Saar), die „Ateliers de l'Espresso“ in Lorraine, die „Société Metalurgique“ in Pont-aux-Chênes und die „Usines de la Bassée-Lovain“ fusionierten. Es wird sich überthorpt um einen Zusammenschluß zwischen den „Forges et Ateliers du Nord et de l'Est“ und der „Société de la Bassée-Lovain“, haben ihren Preisstand erhöht und ermäßigt. Mindestens man den Preisstand hält der Jahre 1920 bis 1925 mit 100 an und bringt die Preise von 1920 damit in Verbindung, so ergibt sich folgende Entwicklung:

## Gewerkschaftsbewegung

### Internationaler Bund der christlichen Gewerkschaften.

In Köln versammelten sich am 2. Februar d. J. die Vorstandsmitglieder des internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften zu mehrstündigem Beratungen. Die Verhandlungen leitete Nationalrat Kollege Scherer (St. Gallen, Schweiz).

Über die bereits gebildeten und in der Bildung begriffenen internationalen Vereinigungen gleichartiger christlicher Berufsgremien erläuterte der Sekretär des Internationalen Bundes Kollege Scherer, Utrecht (Niederlande) eingehend Bericht. Daraus ging hervor, daß für die Graphische Industrie, die Tabakarbeiter, Schuharbeiter, Nahrungsmittelindustrie, Holzarbeiter und Bauarbeiter Metallarbeiter-Vereinigungen gegründet sind, während in die Metallarbeiter, Bandarbeiter, Angestellten, Eisenbahnarbeiter, Textilarbeiter, Federarbeiter und die Arbeiter der Fleischindustrie die Gründung der internationalen Kartelle beim Internationalen Sekretariat und den betreffenden Verbänden in Vorbereitung ist. Das Büro des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften hat sich vertieft und mit dem organisatorischen Verhältnis der Berufsverbandskennungen zueinander und zum internationalen Gesamtbund beschäftigt.

\*

### Ein Weltwirtschaftsprogramm

bereitet der Internationale Bund der christlichen Gewerkschaften vor. Eine Kommission, bestehend aus Dr. Th. Brauer, Köln, E. v. Quaquebeke, Brüssel, Jos. Scherer, St. Gallen, Dr. G. B. Valente, Rom und J. Pinhez, Paris, wird sich mit der Vorbereitung eines Weltwirtschaftsprogramms beschäftigen. Die allgemeine Weltwirtschaftskrise gab Anlass, daß Sekretariat mit der Sammlung von Angaben aus den verschiedensten Ländern über die Ursachen und den Ausgang der Krise, sowie mit der Untersuchung über die Folgen des Zustandes und die Mittel zur Abwendung dieser Folgen zu

\*

### Die christlichen Gewerkschaften Belgiens

haben nach dem Kriege einen nochmöglichen Aufstieg genommen. Mitte vorjähriges Jahres waren der Vereinigung der christlichen Gewerkschaften Belgiens 25 größere und eine Reihe kleinerer Verbände angeschlossen. Der stärkste Verband ist der Textilarbeiterverband mit 28 411 Mitgliedern. Die Stegarbeiter zählen 17 315 Mitglieder, die Bergarbeiter 8 600. Bis zum Jahresende hat sich die Mitgliederzahl der Verbände noch bedeutend erhöht. Für die Organisation der blauen christlichen Gewerkschaften ist von Bedeutung, daß an den Gesamtverband pro Woche und Mitglied ein Beitrag von 10 Pf. zu leisten ist. In der Krise der Verschärfung der Arbeitslosigkeit am wirtschaftlichen Leben nehmen die christlichen Gewerkschaften Belgien einen schriftlich angesetzten Standpunkt ein. In ihrem Programm wird als zu erstreben das Ziel u. a. bezeichnet: „die allgemeine Durchführung der Verteilung der Arbeit und Angestellten an der Leitung der Unternehmen und der Verteilung der Gewinne unter alle, die bei dem Unternehmen mitwirken.“

\*

### Die englische Gewerkschaftsbewegung.

Neben den Stand und die Entwicklung der britischen Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1919 entnehmen wir einer der letzten Nummern des „Correspondenzblattes der freien Gewerkschaften“ die folgenden Zahlen:

Im Jahre 1919 bestanden in Großbritannien und Irland 1315 Arbeiterorganisationen. Die Gemeinschaftszahl betrug 1919 8 028 761 gegenüber 6 664 901 im Jahre 1918, das ist eine Zunahme von 20.8 %. Daraus siegt die Zahl der männlichen Mitglieder von rund 5 423 000 (1918) auf 6 505 000 (1919), bei den weiblichen Mitgliedern war ein Anstieg von 1 222 000 (1918) auf 1 329 600 (1919), das sind 8.8 %, zu verzeichnen.

In den ersten Kriegsjahren war eine bemerkende Wirkung auf das Wachstum der Gewerkschaften deutlich erkennbar. Erst die Jahre 1917 und 1918 ergaben eine starke Vermehrung der Mitgliederzahlen, die sich noch im Jahre 1919 bemerkbar erhöhte.

Eine Gegenüberstellung des Jahres 1919 mit dem Jahre 1913 ergibt einen Anstieg der Mitgliederzahlen von 92 v. H. 1913: 417 975 1919: 8 024 000.

## Bezüglich Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, 20. März der 13. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 20. bis 26. März.

\*

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge: Böblingen (Saar). 1. Klasse 5 Mt., 2. Klasse 4 Mt., 3. Klasse 3 Mt., Jugendklasse 1 Mt. Für weibliche Mitglieder von 14 bis 16 Jahren 1.50 Mt. für weibliche Mitglieder über 16 Jahren 2 Mt. Außerdem alle Mitglieder mit Ausnahme der Lehrlinge eine Extra-sume von 1 Mt. monatlich.

Friedrichshafen ab 1. April. 1. Klasse 5 Mt., 2. Klasse 4 Mt., 3. Klasse für weibliche u. jugendliche von 16–18 Jahren 3 Mt., 4. Klasse Lehrlinge von 14–16 Jahren 1 Mark.

Gummersbach ab 1. April. 1. Klasse 5 Mt., 2. Klasse 4 Mt., 3. Klasse 2.50 Mt., Lehrling Industrie 1 Mt., Handwerk 50 Pf. In den Sektionen 1. Klasse 3 Mt., 2. Klasse 4 Mt., 3. Klasse 2.50 Mt.

Übersch. ab 1. April. 2. Klasse 4.50 Mt., 3. Klasse 3 Mt., Lehrling 50 Pf.

Kreisheim. 1. Klasse 4.50 Mt., 2. Klasse 4 Mt., 3. Klasse 2.50 Mt., Lehrlingsklasse 1 Mark.

Siegkreis ab 13. Woche. 1. Klasse 5 Mark, 2. Klasse 4 Mark, 3. Klasse 2.50, 4. Klasse 1 Mark.

Barstein ab 11. Woche. 1. Klasse 5 Mark, 2. Klasse 4 Mt., 3. Klasse 2.50, 4. Klasse 1 Mark.

## Verbandsgebiet

Ausbach. Die bösen „Christen“ haben hier die roten „Verbänder“ im Winterjahr gestört. Ein großes Verbrechen wurde begangen. Unterstehen sich da einige christliche Metallarbeiter und machen bei der Haussanitation Mitglieder der konfessionellen Vereine aus das Sinnwidrige ihres Verhaltens, guter Christ und sozialdemokratischer Metallarbeiter werden in einer Person zu sein. Außergewöhnlich. Das ist der Tatbestand. Und nun kommt die rote Metallarbeiter Zeitung in ihrer Nr. 6 über „christlichen Terror“

Wir wollen der Metallarbeiterzeitung dagegen einige Postproben von rotem Terror geben, der ganz anders aussieht als der sogenannte christliche Terror.

Weiß der Artikelsschreiber nichts mehr von dem brutalen Alt-der-Brotmachung christlicher Arbeiter im Frühjahr 1920 in Ansbach? Ist ihm nicht mehr in Erinnerung die Arbeitsniederlegung, weil einige aufrichtige Männer der Faunweise, angeleitet von der Religion befindenden Schreibweise der roten „Metallarbeiter Zeitung“, in den Christlichen Verbund übergetreten sind? Das war Terror, gewisse brutale Gewalt. Doch der Staubhaftigkeit der Kollegen und energetischer Abwehr unseres Verbundes gelang dieser „Heldenstreit“ damals vorbei. Uns dünkt, daß der Mitgliedschaft und die Angst vor dem Erstarken unseres Verbundes die Fehler führen.

Kolleginnen! Kollegen! Wir sind im Ansbach auf dem richtigen Wege, daß beweist das Gejammer der Genossen. Arbeiten und kämpfen wir also einmütig in dem Sinne: Stärkung des Christlichen Metallarbeiterverbandes. Und unserem „Oberchristen aus Nürnberg“ rufen wir zu: Fortsetzen in treuster Pflichterfüllung gegenüber dem Verbunde. Wenn der rote Artikelsschreiber für diese Pflichterfüllung kein Verständnis hat, ist das nicht unsere Sache.

Frankfurt (Main). Zahlreich halten sich die Kollegen zu unserer letzten Generalversammlung eingefunden. Kollege Riedel erstattete den Geschäftsbericht. Aus der Gegenüberstellung der Entwicklung unseres Verbandes mit unserer Ortsgruppe möchte der Berichterstatter uns klar, daß wir nicht gleichen Schritt mit der Aufwärtsbewegung des Verbandes überhaupt gehalten haben. Terror und Unterdrückung durch die roten Herrschäften sind die Mittel, mit denen man gegen uns arbeitet. Vor allem verdächtigt sich darin der Befolkmöchtige des sozialistischen Metallarbeiterverbandes, Gewerkschaftssekretär Bernhard, der in einer Verschärfungsversammlung im Bochumer Garten, am 14. November 1919, sagte, daß in lugner Zeit kein christlich Organisierter mehr in Frankfurt sei. Dieses Ziel verfolgten die unteren Funktionäre in die Wirtschaft umzuziehen, und nur wenn sie festen Zusammensetzen unseres Verbandes ist es zu verhindern, daß der Terror nicht den Umlauf annimmt, den man auf sozialdemokratischer Seite wünschte. Das ist Ideale der christlichen Gewerkschaften in Frankfurt iesten Boden geworden, geht daraus hervor, daß ein Viertel Kollegen von der Parole „Not oder kein Brot“ das leichter wählen, und lieber ihre Freizeitstunden verlieren, als sich dem roten Terror zu beugen. Aber nicht den Einzelnen bekämpft man, sondern auch den Verband als solchen. So ist es uns bis jetzt noch nicht gelungen bei Tarifabschlüssen mitzuwirken, weil es die „Herrnen“ vom roten Lager nicht wollen, und sie bei Einschaltung unserer Vertreter geschlossen die Sitzung verlassen. Trotzdem ist es uns gelungen, in der nächsten Umgebung Frankfurt Tarifabschlüsse selbstständig zu fälschen.

In der folgenden Diskussion richtete Kartellssekretär Herrmann arbeitsunternde Worte an die Versammlung, die darin gipfelten, daß im heutigen Wirtschaftsleben christliche Grundsätze mehr in Anwendung gebracht werden müssen. Eine Kollege der Adlerwerke berichtete über seine Tätigkeit als Vertrauensmann, die in der Hauptstadt darin bestand, unsere Kollegen gegen den dort verüchten Terror zu schützen. Allgemein wurde die Tätigkeit des Kollegen anerkannt.

Nach der Diskussion fand die Wahl des Vorstandes statt. Kollege Kunz wurde einstimmig zum ersten Vorsitzenden gewählt, die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Kollege Kunz dankte hierfür dem bisherigen Vorsitzenden, Kollegen Zimmermann, für seine Tätigkeit und vertrug mit demselben Öffentlichkeit wie Kollege Zimmermann sein Amt auszuführen. Am Schlusshörte Vorderer Kollege Riedel auf zu kräftiger Mitarbeit. Mit einem begeisterten Zusammensetzen hoch auf unseren Christlichen Metallarbeiterverband folgte die antezugende Versammlung.

Kollegen Was uns in Frankfurt fehlt, das ist die nötige Zahl von Metallarbeitern. Gibt es einem nicht zu denken, wenn man in Versammlungen kommt und sieht immer dieselben Gesichter; immer sind es dieselben, die die zu leistenden gewerkschaftlichen Arbeiten auf sich nehmen. Ist es nicht ein beschämendes Gefühl, wenn du siehst, die Bewegung nimmt einen glänzenden Aufschwung, und du hast nicht daran teilgenommen. Wenn auch der Ortsgruppenleiter bittet, daß Amt eines Vertrauensmannes und Kassierers zu übernehmen, dann kommt nicht immer mit lausigem Ausdrücken, die ihr, wenn ihr euch selbst gegenseitig ehrlich seid, doch als gut ansehen möchtet. Nehmt endlich einmal alle eine Arbeit an, die ihr, wenn ihr werdet sehen, wenn alle zusammenarbeiten, geht's noch einmal so leicht, und keiner will sich dabei w. h. Ist einmal die Gründungsgeschichte unseres Verbandes durch, ihr werdet glänzende Beispiele von Erfolgsschlüsse für unseren Christlichen Metallarbeiterverband gesetzen werden. Darum, Kollegen, rieft euch auf, und zeigt, daß heute noch genau ein so fruchtbarer Geist untere Neiben durchzieht, wie vor bald drei Jahrzehnten auch.

Gummersbach. Am 1. Juli v. J. für den Kreis Gummersbach und Wupperfeld eine Verwaltungsstelle unseres Verbandes mit dem Sitz in Gummersbach, gegründet wurde, fand man im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband an, nebstößt zu werden. Sofort schickte der verbindliche Kampf gegen den Geschäftsführer Huber, Kollegen Väter, ein. Die gute Vorwärtsentwicklung unserer Verwaltungsstelle in den letzten Monaten hat den Geschäftsführer Huber vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband ganz aus dem Geflecht gebracht. Von Huber und Riedel durchdrückte Artikel gingen durch den sozialdemokratischen Blätterwald. Auch in Nr. 6 der „Metallarbeiter Zeitung“, vom 5. Februar d. J., lobt Herr Huber seinen Vater und seine Mutter ab. Derselbe Artikel ist bereits am 10. Januar d. J. in der kommunistischen „Vergessene Zeitung“ in Remscheid und etwas später in der „Rheinischen Zeitung“ in Köln, erschienen. Die „Metallarbeiter Zeitung“ kommt also einen ganzen Monat später und läßt das ihren Lesern nochmal auf, was durch einen Artikel in zehn Zeitungen des Oberbergischen Bezirkles und in einer „Ztg“ in der „Vergessene Zeitung“ und in der „Vergessene Zeitung“ als Ewig und Schwachsinn richtiggestellt und entlarvt wurde.

Damit unsere Kollegen auch im übrigen Deutschland sehen, wie im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband gelegen und gehandelt wird, sei hier die Verichtigung widergegeben, sowohl die gewerkschaftliche Seite in Frage kommt, die die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ in Köln und die „Vergessene Zeitung“ in Remscheid, ohne Widerspruch hat abdrucken müssen.

Dieselbe lautet:

Unwohl ist, daß der Christliche Metallarbeiterverband, dessen Geschäftsführer ich bin, den Deutschen Metallarbeiterverband allein, die Aufstellung des neuen Tarifvertrages überlässt.

Wahr ist, daß der Deutsche Metallarbeiterverband ohne Wissen des Christlichen Metallarbeiterverbandes den neuen Tarifvertrag aufgestellt und dem Arbeitgeberverband eingerichtet hat. Erst nachdem der Entwurf des Arbeitgeberverband eingereicht war, hat der Geschäftsführer Viebahn mit einer Abfahrt von dem Schiedsgericht mit den Forderungen an den Arbeitgeberverband gegeben, mit dem Ersuchen, der Christliche Metallarbeiterverband sollte sich den Forderungen anschließen. Das wurde meinerseits aus zwei Gründen abgelehnt: 1. Weil die Forderungen zu niedrig waren und 2. weil wir zu den Vorbereitungsaufgaben nicht hinzugezogen wurden. Der Christliche Metallarbeiterverband hat daraufhin höhere Forderungen gestellt, die auch vom Arbeitgeberverband bewilligt wurden, wodurch die Löhne im neuen Tarifvertrag nun bis zu 32 Pf. je Stunde mehr erhöht wurden, als im Entwurf vom Deutschen Metallarbeiterverband gefordert wurde.

Unwohl ist, daß ich im Engelskirchener Bezirk ein Sonderabkommen mit den Arbeitgebern mit niedrigen Lohnsätzen abgeschlossen habe.

Wahr ist, daß im Engelskirchener die Arbeitgeber der Spitzbohrerindustrie sich weigern, die Tariflinie zu zahlen. Wahr ist, daß auf einer Betriebsratssitzung am 8. Dezember auf meinen Namen hin beschlossen wurde, mit allen Mitteln die Arbeitgeber zu zwingen, die Tariflinie zu zahlen.

Meinerseits wurde dieses den Arbeitgebern in Engelskirchen mitteilts und diesbezügliche Meldung dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes gemacht. Liebt ein Sonderabkommen ist weder ständig noch schriftlich mit den Arbeitgebern in Engelskirchen meinerseits verhandelt worden und es besteht ein solches nicht. Die Arbeitgeber in Engelskirchen haben jetzt einen diesbezüglichen Antrag an den Arbeitgeberverband gerichtet, so daß die Vertragsparteien in der Sache werden zu entscheiden haben.

P. Väcker.

Was die Engelskirchener Spitzbohrerindustrie anbelangt, so haben inzwischen die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband stattgefunden, an denen auch der sozialistische Metallarbeiterverband teilgenommen hat. Eine Einigung kam nicht zu stande. Nach vorangegangener Kündigung haben dann die Arbeitgeber die Betriebe in Engelskirchen wiedereröffnet. Von den beiden Metallarbeiterverbänden wurde daraufhin der Schlichtungsausschuß angerufen, der dann durch einen Schiedsspruch die Angelegenheit erledigt hat.

In der „Metallarbeiter Zeitung“ wird auch über den Fall berichtet, wo Kollege Väder von dem sozialdemokratischen Arbeiterrat der Firma L. u. C. Steinmüller in Gummersbach aus einer Versammlung ausgewiesen wurden. Die Angelegenheit wird sogar so dargestellt, als wenn ein Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes mit für die Ausweisung bestimmt hätten. Das ist eine bewußte Fälschung des Artikelsschreibers Huber. Als Beweis führen wir folgende Tatsachen an: 1. Nach der Betriebsversammlung beschlossen die christlich organisierten Kollegen, eine Beschwerde wegen der Kündigung beim Betriebsrat einzulegen. 2. Nach sozialdemokratisch organisierte Arbeitnehmer traten kurz nach der Betriebsversammlung zum Christlichen Metallarbeiterverband über.

Die Beschwerde an den Gewerbeinspektor hat den Erfolg gehabt, daß der Obmann des Arbeiterrates erklärt hat, daß zukünftig, wenn Vertreter von wirtschaftlichen Organisationen zu Betriebsversammlungen zugelassen werden, alle im Betriebe vertretenen wirtschaftlichen Organisationen einen Vertreter entsenden können.

Inzwischen ist wieder ein leidliches Zusammentreffen mit den Metallarbeitern in gewöhnlichen Fragen eingetreten, nachdem man eingesehen hat, daß die christlichen Arbeitnehmer es verstehen, sich ihrer Haut zu wöhnen. Auch scheint man den offenen Kampf nach zwei Seiten jetzt nicht ertragen zu können, nachdem die Kommunisten angefangen, die „Throne“ im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband erneut einzufürsten.

Sind wir auch zur gemeinsamen Arbeit auf gewerkschaftlich wirtschaftlichem Gebiete immer gerne bereit gewesen, wozu ja vor allem in der nächsten Zukunft dringend notwendig ist, so werden wir doch den Kampf noch weiter führen, daß der letzte christliche Arbeiter in den christlichen Arbeiterverband gehört. Wo sozialdemokratische Arbeiter sich in den christlichen Gewerkschaften vertreten haben, ruhen ja auch die Agitatoren des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes nicht eher, bis diese „richtig“ organisiert sind.

Mögen im Vergleichem Lande, aber auch in ganz Deutschland, nach dieser Richtung alle Kollegen und Kolleginnen ihre Pflicht tun!

Aue (Erzgeb.). Vor einigen Wochen fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, die sehr zahlreich besucht war. Kollege Weißflog gebot die Einladung in einleitenden Worten der früheren Generalversammlungen an, Ionius zum Jahresbericht übergehend zu hören, das unsere Verwaltungsstelle im Berichtsjahr ein gut Stück vorwärts gekommen ist. Räumlich im letzten Berichtsjahr könne man sich des Erfolges besonders freuen. Da das ganze Jahr über anhaltende Arbeitslosigkeit sei bei unseren Mitgliedern nun ziemlich behoben, so darf wir nur noch einige arbeitslose Mitglieder hoffen.

Die sich an den Bericht anschließende Ansprache fand sehr lebhaft. Von allen Rednern wurde der im vergangenen Jahre erzielte Fortschritt ständig begrüßt und weiter treue Mitarbeit versprochen.

Dann schritt man zur Vorstandswahl, die folgendes Ergebnis zeigte: 1. Vorsitzender und 1. Kassierer wie bisher Kolleg Weißflog, 2. Vors. A. Schriftführer W. und H. Weißflog, R. und H. von den umliegenden größeren Fabrikstädten wurden diesmal ebenfalls einige Kollegen in den Verwaltungsratsvorstand gewählt. Es sind dies die Kollegen Eigner, Reinhardt, Salzer, Weiß und Semmler, die den erweiterten Vorstand bilden. Nachdem noch die sonstigen Wahlen vorgenommen waren, erging Kollege Eigner das Wort zu seinem Vortrag über den 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften. In entsprecheter Weise gelang es ihm die zwei Hauptreden der Kollegen Stegerwald und Dr. Brauer wiederzugeben. Die sich an der mit großem Beifall geschlossenen Vortrag anschließende sehr lebhafte Auseigne zeigte, daß alle Redner von dem Geiste orientiert waren, den Geist der Essener Tagung hinzuzutragen in die erzgeb. Kirche Arbeiterfest.

Wie den Kirchen „Nichts rechts geschieht, auch nichts geschieht, geradeaus geschieht, auf Gott vertraut und durch“ schloß unser Geschäftsführer Kollege Weißflog die sehr interessante Versammlung.

Und nun Kollegen! Auf zur Tat! Auf zur Verarbeitung für unseren christlichen Metallarbeiterverband. B.

Husda. Unter der Überschrift: „Aus der Metallarbeiterbewegung“, steht in der Frankfurter Volksstimme zu lesen, daß in einer Versammlung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Husda, ein Rekord über die wirtschaftliche Lage gehalten worden sei, in dem betont wurde, daß es notwendig wäre, die Einigung des Proletariats herbeizuführen. Nachdem dem Redner anhiebend der Stoß ausgezogen war, wußte er sich nicht anders zu helfen, als in bekannter Manier über den Christlichen Metallarbeiterverband loszuschnüren. Es scheint der sozialdemokratische Ortsverwaltung sehr auf die Nerven gegangen zu sein, daß besonders in lehler Zeit die Übertreibung aus dem sozialdemokratischen in den christlichen Verband sehr zahlreich sind. Wenn dann noch von Gratifikationen geredet wird, die Unternehmen angeblich an die Christen verteilen, besonders von der Eisengießerei Schmid, wird dies behauptet, so möglicherweise gelöst sein, daß die Kollegen bei Schmid

